

## Bremer Hochschullandschaft erhalten

Wir fordern den Senat und die SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft auf, den Erhalt der öffentlichen Hochschulen Bremens sicherzustellen, geplante Einsparungen zurückzunehmen und sich für eine Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen einzusetzen. Den Antrag der SPD-Fraktion, den Wissenschaftsetat aufzustocken, unterstützen wir.

### Begründung:

#### 10 **Hochschule Bremen:**

Der Hochschule Bremen steht eine Teilschließung bevor. Die Zahl der Erstsemester soll ab 2017 nach dem Hochschulentwicklungsplan des Rektorats von 2.000 auf 1.400 gekürzt werden. Von den 2.000 Studienplätzen finanziert das Land jährlich nur 1.400. Zurzeit werden 400 weitere Studienplätze aus Mitteln des Hochschulpaktes finanziert. Die restlichen 200 sind notwendig, um die Mittel des Hochschulpaktes in Anspruch nehmen zu können. Diese sind jedoch seit Jahren nicht ausfinanziert. Daher muss das Land die Finanzierungslücke endlich schließen, damit Studiengänge und Kurseinheiten nicht fakultätsübergreifend gestrichen werden müssen. Eine dritte Programmphase des Hochschulpaktes ab 2016 wird seit längerem parteiübergreifend zugesichert, weshalb zusätzliche bremische Mittel in überschaubarem Umfang dem Land Bundesmittel in deutlich größerem Umfang sichern würden.

#### **Universität Bremen:**

Die anstehenden Kürzungen von 130 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und 60 Stellen in der Verwaltung der Universität Bremen müssen zurückgenommen werden. Zudem darf es keine weiteren Einsparungen durch den nächsten Hochschulentwicklungsplan geben. Stattdessen muss die Grundfinanzierung langfristig angehoben werden. Die Universität muss ihrem Anspruch, Volluniversität zu sein, auch weiterhin gerecht werden. So soll die Schließung von Studiengängen und Fachbereichen künftig verhindert werden.

Infolge doppelter Abiturjahrgänge und einer deutlich erhöhten Studienanfängerinnen/Studienanfängerquote wird es noch mehrere Jahre dauern, bis die Studienanfängerinnen/Studienanfängerzahl auch nur annäherungsweise wieder das Niveau von vor der steigenden Studiennachfrage erreicht. Besonders hohe Auswirkungen hat das auf Bremen als Städte-Staat mit einem hohen Anteil Studierender aus anderen Bundesländern.

Es kann nicht angehen, dass die staatlichen Hochschulen in Bremen chronisch unterfinanziert und immer mehr von Drittmitteln abhängig sind, während die private Jacobs University nun weitere 15 Mio. Euro an staatlichen Zuschüssen, verteilt über 5 Jahre, erhält. Trotz aller Wirtschaftsförderungseffekte für den Bremer Norden muss die Qualität der öffentlichen Hochschulen in Bremen Prämisse bleiben.

Die Hochschule Bremen bietet eine hohe Anzahl attraktiver und bundesweit einmaliger Studiengänge an. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel profitieren gerade Unternehmen im Nordwesten von den Hochschulabsolventinnen/Hochschulabsolventen des Gesundheitswesens und der Spitzentechnologie.

Das vielfältige Angebot ist die Grundlage für den Erfolg der Hochschule Bremen. Anders als andere Fachhochschulen konzentriert sie sich nicht allein auf technische, wirtschaftswissenschaftliche oder sozialwissenschaftliche, sondern vereint all diese Disziplinen mit praxisnahem Bezug unter einem Dach. Diese Vielfalt wird durch die Kürzungspläne bedroht, da diese nicht nur einzelne Studiengänge gefährden, sondern mittlerweile auch das Profil ganzer Fakultäten. Zudem steigen die NCs aufgrund steigender Bewerberinnen/Bewerberzahlen stetig und die Hochschule vernachlässigt ihr Ziel, Schulabsolventinnen/Schulabsolventen auch ohne Abitur ein Studium zu ermöglichen.

Die Exzellenzinitiative hat der Finanzierung der Universität Bremen kaum geholfen. Die dadurch angestoßenen Projekte und Bereiche sind nur für fünf Jahre finanziert. Wenn sie danach aufrecht erhalten werden sollen, müssen erneut hohe Drittmittel akquiriert werden oder es wird in anderen Bereichen gespart - zu Lasten der Studierenden. Damit die Projektgelder des Bundes überhaupt fließen, muss das Land einen beachtlichen Zuschuss leisten. Somit konzentrieren sich die Mittel zunehmend auf die Universität und fehlen an den anderen Hochschulen.

Als Nachwehe des Hochschulentwicklungsplans V (HEP V) muss die Universität Bremen aktuell 5 Millionen Euro einsparen. Daher sollen im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter 80 Vollzeitäquivalente (ungefähr 130 Stellen) und im Bereich der sonstigen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter 60 Vollzeitäquivalente gestrichen werden. Demzufolge werden sich die Arbeitsbedingungen für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter weiter massiv verschlechtern, da der Großteil der Lehre an der Universität von ihnen geschultert wird. Sie sind ohnehin schon doppelt belastet, weil zum einen die Studierendenzahlen und somit die Betreuungsquoten stetig steigen und zum anderen viel Zeit und Kraft in das Einwerben von Drittmitteln investiert werden muss.

Diese Überlastung hat zur Folge, dass wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter nur noch begrenzt forschen, geschweige denn promovieren. Wird das Arbeitspensum jedoch heruntergeschraubt, können viele Veranstaltungen nicht mehr stattfinden und die Themenvielfalt der Universität wird aufs Spiel gesetzt.

All dies zeigt: Es muss ein Umdenken in der Bremer Hochschulpolitik stattfinden. Trotz der finanziellen Situation, darf sich Bremen als Bildungs- und Wissenschaftsstandort

nicht kaputt sparen. Die Hochschulentwicklungspläne beider Rektorate sind als Warnhinweise für die Anhebung der Grundfinanzierung beider Hochschulen zu verstehen.